



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen der
Deutschen Aidshilfe**

1. HIV- und STI-Prävention brauchen Kontinuität und spezifische Angebote für verschiedene Zielgruppen. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Etats für Prävention von HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen in vollem Umfang erhalten und sachgerecht ausgebaut werden?

Antwort:

Im April 2016 hat die Bundesregierung die Strategie zur Eindämmung von HIV, Hepatitis B und C sowie anderer sexuell übertragbarer Krankheiten beschlossen. Die Strategie zielt auf Präventions- und Versorgungsangebote, die sich passgenau auf verschiedene Altersgruppen und Lebensbereiche ausrichten. An dieser Strategie halten CDU und CSU fest. Deutschland ist eines der Länder mit den niedrigsten HIV-Neuinfektionsraten in Europa. Um die Zahl der Neuinfektionen noch weiter zu senken, haben Menschen mit einem erhöhten Infektionsrisiko seit dem 1. September 2019 einen gesetzlichen Anspruch auf ärztliche Beratung, Untersuchung und Arzneimittel zur Vorsorge.

2. Wie werden Sie der Diskriminierung von Menschen mit HIV entgegenwirken, insbesondere gesetzlich? Werden Sie die Kategorie HIV oder chronische Erkrankungen in die Merkmalsliste des AGG aufnehmen und ein HIV-Testverbot für Einstellungsuntersuchungen festschreiben?

Antwort:

CDU und CSU werden sich dafür einsetzen, dass Menschen mit einer chronischen Krankheit, etwa HIV, Diabetes oder Multipler Sklerose, sich im alltäglichen Leben in allen Bereichen ganz selbstverständlich einbringen und teilhaben können. Ein HIV-Test ist schon heute nur dann zulässig, wenn die Tätigkeit bei sachlicher Betrachtung für Dritte mit einem Infektionsrisiko verbunden sein könnte, zum Beispiel bei der Ausübung von chirurgischen Tätigkeiten.

3. Werden Sie geschlechtliche Selbstbestimmung ohne Gutachten oder (Zwangs-)Beratung sowie Zugang zu transitionsbezogener medizinischer Versorgung ohne Diskriminierung sicherstellen? Setzen Sie sich für eine Entschädigung von Personen ein, die Zwangsmaßnahmen durch das TSG ausgesetzt waren?

Antwort:

Auf der Ebene des medizinischen Versorgungssystems wollen wir strukturelle, organisatorische und regionale Zugangsbarrieren für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen abbauen. CDU und CSU werden eine flächendeckende Versorgung von transgeschlechtlichen Personen im Gesundheitssystem gewährleisten. Einen Entschädigungsfonds oder eine andere ausgleichende Maßnahme für transgeschlechtliche Menschen, die sich bis zum 11. Januar 2011 einer Operation nach der bis zu diesem Zeitpunkt gültigen Fassung von § 8 Transsexuellengesetz (TSG) unterzogen haben, planen wir nicht.

4. Werden Sie sich dafür einsetzen, Inhaftierte in die Gesetzliche Krankenversicherung aufzunehmen (Änderung SGB V)? Was werden Sie tun, um die Behandlungen von Infektions- und Suchterkrankungen entsprechend den Standards in Freiheit zu garantieren (z.B. HIV-/HCV-Behandlung, Impfungen, Substitution)?

Antwort:

Für CDU und CSU ist selbstverständlich, dass Inhaftierte in Gefängnissen eine gute gesundheitliche Versorgung erhalten. Die Kompetenz zur Regelung des Strafvollzugs und damit auch der Gesundheitsvorsorge in Justizvollzugsanstalten steht nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes in der Hoheit der Bundesländer.

5. Strafrechtliche Verfolgung von Drogenkonsument*innen schadet deren Gesundheit. Wie werden Sie dem entgegenwirken und Schadensminimierung ausweiten (z.B. Druckchecking, Substitution)? Wie werden Sie Hilfsangebote sicherstellen, z.B. für Migrant*innen oder bei sexualisiertem Substanzkonsum/Chemsex?

Antwort:

Eine Legalisierung illegaler Drogen lehnen wir ab. Zu groß sind die gesundheitlichen Folgen für den Einzelnen und die Auswirkungen auf Familie, Umfeld und Gesellschaft. Wer legalisiert, der stellt gerade nicht Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt der Drogenpolitik, entzieht sich seiner Verantwortung und lässt Betroffene sowie ihre Angehörigen mit den Problemen allein. Das ist nicht unser Weg. Was wir brauchen, sind

Aufklärung sowie frühe und massentauglichere Sanktionen, die der Tat auf dem Fuße folgen und unmittelbar zur Wahrnehmung von Beratungs- und Therapieangeboten veranlassen.

6. Wie werden Sie dafür Sorge tragen, dass Menschen flächendeckend einen Zugang zu anonymen und niedrigschwelligen (Schnell-) Testangeboten haben, auch in ländlichen Regionen? Werden Sie Einsendetests fördern?

Antwort:

HIV-Selbsttests sind ein Meilenstein beim Kampf gegen AIDS. Sie können auch jene erreichen, die sich sonst nicht testen lassen würden. Mit einer Änderung der Medizinprodukte-Abgabeverordnung haben CDU und CSU den Verkauf von HIV-Selbsttests durch Apotheken, Drogerien oder über das Internet erlaubt.

7. Die Digitalisierung des Gesundheitswesens bietet Chancen, birgt für Menschen mit stigmatisierten Erkrankungen aber besondere Risiken. Wie werden Sie Sicherheit, Datenschutz, informationelle Selbstbestimmung und barrierearme Zugänge zu Datenspeicherungssystemen bzw. Alternativen sicherstellen?

Antwort:

Die Patientinnen und Patienten der Zukunft werden – unter Wahrung des Schutzes ihrer Daten – ihre gesamte Krankengeschichte an einem Ort speichern und Ärzte und andere Leistungserbringer darauf zugreifen lassen können. Gleichzeitig wird die Digitalisierung Ärztinnen und Ärzten und vielen weiteren Akteuren im Gesundheitsbereich unter anderem durch eine bessere Vernetzung dabei helfen, Arbeitsprozesse zu vereinfachen und Bürokratie abzubauen. Jegliche Datenspeicherung muss aus unserer Sicht den strengen Anforderungen des Datenschutzes unterliegen. Oberste Prämisse ist bei allen Initiativen, dass die gespeicherten Daten Eigentum der Patientinnen und Patienten sind. Nur diese dürfen entscheiden, wer wann Zugriff auf ihre Daten hat. Diese hohen Sicherheitsstandards bedürfen einer sicheren und flexiblen Telematikinfrastruktur. Um die Anwender der Telematikinfrastruktur noch besser zu unterstützen, haben CDU und CSU in dieser Wahlperiode die Gesellschaft für Telematik beauftragt, einen sicheren Zugang zur Telematikinfrastruktur zu entwickeln.

8. Es gibt Bestrebungen, Sexarbeit noch stärker zu regulieren oder in die Illegalität zu drängen. Was werden Sie tun, um Rechte von Sexarbeiter*innen und soziale Absicherung zu stärken? Wie werden Sie Zugänge zu Prävention, Hilfs- und Beratungsangeboten und gesundheitlicher Versorgung sicherstellen?

Antwort:

Unser Anliegen als CDU und CSU ist es, die Menschenwürde immer und überall zu verteidigen und zu schützen. Jenseits einer ethisch-moralischen Bewertung von Prostitution stellen wir fest, dass es nach wie vor trotz klarer Verbote Zuhälterei, Zwangsprostitution und Menschenhandel gibt. Dieser Zustand ist für uns inakzeptabel. Wir wollen deshalb insbesondere Präventionsprogramme und umfassende, in der Breite wirkende Bildungsprogramme gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution unterstützen. Mit dem Prostituiertenschutzgesetz wurde eine Anmeldepflicht für Prostituierte eingeführt. Zu der Anmeldung gehört eine Beratung über Hilfsangebote, Rechte und Pflichten. Zusätzlich wurde eine verpflichtende Gesundheitsberatung beschlossen. Prostituierte müssen bis zu ihrem 21. Lebensjahr die Gesundheitsberatung alle sechs Monate aufsuchen, danach jährlich.